

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Nationales Nachrichten- und Anzeigenblatt für die Oberamtsbezirke Nagold, Calw, Freudenstadt und Neuenbürg

Verlagspr.: Monatl. d. Post N. 120 einschl. 18 3 Beförd.-Geb. zur 36 3 Zustellungsgeb.; d. Ag. A. 1.00 einschl. 20 3 Aussträgergeb.; Einzeln. 10 3. Bei Nichterschienen der Zeit. inf. höh. Gewalt. Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzelle ober deren Raum 5 Pfennig, Text millimeterzelle 15 Pfennig. Bei Wiederholung oder Mengenabnahme Nachh. nach Preisliste. Erfüllungsort: Altsfeld. Gerichtsstand Nagold.

Nummer 68

Mittwoch, Samstag, den 21. März 1936

58. Jahrgang

Deutschland im Recht!

Von David Lloyd George,
früherem englischen Ministerpräsidenten.

(Copyright D.A.B.)

Ich begrüße es, daß Botschafter von Ribbentrop die deutsche Regierung auf der Tagung in London vertritt, denn er genießt das Vertrauen des Reichstanzlers Hitler.

Der Fehler, an dem die internationalen Tagungen bisher krankten, war der, daß die konferenzierenden Mächte über alles zu sprechen bereit waren, nur nicht über die allein wichtige Frage, wie der Frieden sichergestellt werden kann. Dabei ist es gerade die Friedensfrage die allen Menschen in allen Ländern am meisten am Herzen liegt. Niemand interessiert sich dafür, wie diese oder jene obscure Klausel in Pakten und Verträgen auszulegen sei, kein Mensch will den Krieg, höchstens der französische Generalkab. der an einen leichten Sieg glaubt, wenn Frankreich jetzt die Gelegenheit benützt, um das mangelhaft gerüstete Deutschland anzugreifen. Frankreichs Staatsmänner aber — dessen bin ich sicher — scheuen vor Kriegsmassnahmen zurück. Der französische Bauer wird selbstverständlich marschieren, wenn ihm der Befehl dazu gegeben wird, aber er hat bestimmt keine Lust, dem Tod ins Angesicht zu schauen, wenn sein Vaterland nicht einmal angegriffen worden ist. — Zweifellos würde ganz Frankreich sich freuen, wenn Deutschland Sanktionen auferlegt würden, aber außer Frankreich hat kein einziges Land Verlangen nach Sanktionen mit Ausnahme Sowjetrußlands, dessen Regierung sich sagt, daß ungeachtet einestells verhungerten Deutschlands und wirtschaftlichen Wirrwars aller Orten der Kommunismus die größten Chancen hätte. Britannien ist in dem vorliegenden Falle gegen Sanktionen. Kein Mensch hier denkt daran, das Einrücken von einer oder zwei Divisionen deutscher Truppen in deutsches Gebiet als einen Akt flagranten Angriffs zu werten. Der Vorfall ist in keiner Weise mit dem Einfall von 300 000 italienischen Soldaten in abessinisches Gebiet und mit der Bombardierung ätiopischer Dörfer und Lazarette zu vergleichen. Auch die skandinavischen Länder wollen nichts von Sanktionen wissen. Ohne Britannien, Schweden, Holland und Dänemark aber wären Sanktionen illusorisch.

Warum dann also nicht gleich auf die Kernfrage eingehen und über den Frieden verhandeln? Es hat doch wirklich keinen Zweck, über kollektive Sicherheit hin und her zu reden, wenn die Führer der großen Nationen nicht ein bißchen mehr Gefühl für die Gemeinsamkeit des europäischen Schicksals an den Tag legen.

Es wird behauptet, daß ein revidierter Friedensvertrag wertlos bliebe, als man Deutschland nicht jetzt durch Strafmaßnahmen klar mache, daß in Zukunft die vertragstreuende Partei in jedem Fall durch gemeinsames Vorgehen der übrigen Vertragspartner bestraft werden wird, sobald eine mutwillige und einseitige Verletzung irgend eines Vertragsparagrafen erwiesen ist.

Das wäre alles ganz schön und vernünftig, wenn Deutschland der Schuldige wäre. Aber der eigentliche vertragsbrüchige Teil sind diejenigen gewesen, die jetzt am lautesten vor „gerechter“ Entrüstung schreien. Wie war es denn mit der Klausel, in der der Versailler Vertrag die allgemeine Abrüstung vorsah, wenn ich fragen darf?

Ich bin einer der vier Männer, denen die unangenehme Aufgabe oblag, die Verträge von 1919 aufzulegen. So mancher, der inzwischen zu der Ansicht gekommen ist, diese Verträge seien ungebührlich hart gewesen, hat sie damals nicht genug kritisiert können mit der Begründung, sie seien zu milde! Die Friedensbedingungen, die Deutschland mit diesen Verträgen auferlegt wurden, sind bis zur Grenze des für Deutschland Erträglichen und Tragbaren unbarmherzig durchgeführt worden. Deutschland hat zwei Milliarden Reparationen gezahlt. Wir Engländer haben uns schon vor beinahe unüberwindliche Schwierigkeiten, als es sich darum handelte, eine einzige Milliarde an Amerika abzuführen — und dabei ist unser Land bedeutend reicher als Deutschland. Wir entblößten Deutschland von seinem gesamten Kolonialbesitz und beschlagnahmten gleichzeitig Deutschlands Eigentum dort. Wir nahmen ihm einen Teil seines Mutterlandes, — zum Teil handelt es sich um Gebiete, die über 200 Jahre in Deutschlands Besitz gewesen waren. Wir haben Deutschland seine stolze Flotte fortgenommen, haben sein Millionenheer auf 100 000 Mann verringert. Wir haben seine Festungen geschleift und es seiner Geschütze, seiner Tanks und Flugzeuge beraubt. In allem Ueberflus haben wir Deutschland technisch jede Möglichkeit zur Wiederaufrüstung genommen.

In eben demselben Vertrag aber hatten sich die Siegerstaaten verpflichtet, dem Beispiel, zu dem sie Deutschland solchermaßen zwangen, zu folgen und gleichfalls ihre Rüstungen auf das für die Landesicherheit unbedingt erforderliche Maß herabzu-

mindern. Jahre lang hat Deutschland die Siegerstaaten an das gegebene Versprechen gemahnt. Deutschland war von Nationen mit Riesenheeren umgeben, deren Offiziere und Mannschaften aufs beste geschult und auf das modernste ausgerüstet waren. Diese Armeen waren mit Kejsern im ganzen etwa 5 Millionen Mann stark. Deutschland war also in militärischer Hinsicht dem kleinsten seiner Nachbarstaaten auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Wie stand es demnach mit dem feierlichen Versprechen? Überall wurde so getan, als beschäftige man sich eifrig mit der Frage der Abrüstung. Kommissionen, Comités, Konferenzen und Vereinigungen tagten in Genf. Aber alles, was bei dem Hin und Her der Reden und Gegentreten herauskam, war eine verstärkte Aufrüstung allerseits und der Anführer der „Veriaillisten“ der alles finanzierte, war Frankreich.

Es ist der Laiz der Welt, daß Gemeinwesen, denen man den Rechtschutz aus irgendwelchen eigensüchtigen und gewissenlosen Gründen heraus entzieht, sich auf eigene Faust Recht zu schaffen suchen. Aber die eigentlichen Uebertreter des Gesetzes sind in solchen Fällen immer diejenigen, die ihre größere Stärke und die damit zusammenhängende Macht ihres Einflusses zuerst zur Vergewaltigung des Gesetzes im höheren Sinne des Wortes mißbraucht und dadurch den Rechtsbruch auf der anderen Seite herausgefordert haben. Frankreich hat moralisch nicht das Recht, Deutschland des Vertragsbruchs (Veriaillies und Locarno) anzuklagen.

Frankreich kann sich nicht hinstellen und sagen: „Wie soll man künftighin zu Deutschlands Versprechungen Vertrauen haben können?“ Die Deutschen haben eine unwiderlegbare Antwort darauf: „Und wie steht es mit dem, was Ihr es-

lobt habt? Habt Ihr etwa Eure Versprechungen gehalten?“ Es liegt eine derartig greifbare Berechtigung in dieser Entgegnung, daß Männer, die Respekt vor Verträgen haben und sie in Ehren zu halten gewillt sind, zu dem Schluß kommen müssen, daß in diesem Fall kein Grund zu irgendeiner Strafmassnahmen vorliegt. Die militärische Belegung des Rheinlandes bietet wirklich keinen Anlaß zu Sanktionen.

Darum wird auch von allen Seiten das Verlangen nach einer Neuregelung laut. Es gibt eine ganze Menge Menschen in Britannien, denen das dauernde Hin und Her so gründlich über ist, daß sie weit lieber dem Beispiel Amerikas folgen und sich von allen fremden Vermittlungen fern halten würden. Die Beschäftigung mit den eigenen Angelegenheiten würde ihnen vollauf genügen. Wieder andere sind für eine Revision der bestehenden Verträge und setzen sich dafür ein, daß diese Verträge den augenblicklichen Verhältnissen angepaßt werden. Aber ich habe keine jechs Menschen getroffen, die dafür wären, daß wir mit dem Einlaß unserer Flotte, unseres Landheeres oder unserer Luftstreitkräfte Deutschland zur Zurückziehung seiner Truppen aus der Rheinlandzone zwingen sollten. Ich habe auch kaum einen Menschen getroffen, der mit Deutschland wegen der Belegung seines eigenen Gebiets einen Wirtschaftskrieg zu führen wünscht. So wollen wir uns doch von aller Kleinlichkeit frei machen und uns ehrlich bemühen, den Frieden in Europa zu Bedingungen sicher zu stellen, die von allen interessierten Mächten als anständig und gerecht empfunden werden müssen und in folgedessen einmütig angenommen werden können!

Memorandum der Locarnomächte

Vom Geiste der Vorkläge des Führers keine Spur

London, 20. März. Das Memorandum der Locarno-Mächte hat folgenden Wortlaut:

Die Vertreter von Belgien, Frankreich und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland und von Italien sind zusammengekommen, um die Lage zu prüfen, die durch die ihren Regierungen seitens der deutschen Regierung am 7. März 1936 gemachte Mitteilung entstanden ist.

Sie nehmen Akt von dem im Namen Frankreichs und Belgiens dem Völkerbundsrat unterbreiteten Entschliegungsentwurf, worin die Tatsache des Bruchs von Artikel 43 des Versailler Vertrages durch Deutschland festgestellt wird zu dem Zweck, den Signatarmächten des Locarno-Vertrages davon Kenntnis zu geben.

Sie nehmen weiter Akt von der Unterstützung, welche die Regierungen des Vereinigten Königreiches und Italiens diesem Entschliegungsentwurf geben.

Die deutsche Frage ist die Frage des Rechts der Lebensbehauptung Deutschlands.

In Ansehung, daß

1. gewissenhafte Erfüllung aller vertraglichen Pflichten ein Grundprinzip des internationalen Lebens ist und eine wesentliche Bedingung für die Aufrechterhaltung des Friedens.

2. es ein Grundprinzip des Völkerrechts ist, daß keine Macht sich von vertraglichen Verpflichtungen befreien oder die Bestimmungen solcher Verträge ändern kann, es sei denn mit Zustimmung der anderen vertraglich verbundenen Teile.

3. der Bruch des Artikels 43 des Versailler Vertrages und die einseitige Maßnahme der deutschen Regierung, die Verletzung des Locarno-Vertrages und ohne Zustimmung der im Locarno-Vertrag für die Schlichtung von Streitigkeiten vorgesehenen Prozedur in Widerspruch zu den vorgenannten Prinzipien stehen, sie sind der Ansicht, daß

1. die deutsche Regierung durch diese einseitige Maßnahme sich keine legalen Rechte erworben hat und daß 2. diese einseitige Maßnahme durch die Herocuratur eines neuen Unruheelementes in den internationalen Beziehungen notwendigerweise als eine Bedrohung der europäischen Sicherheit erscheinen muß.

Sie erklären, daß nicht, was vor oder seit dem genannten Bruch des Locarno-Vertrages geschehen ist, den Charakter einer Befreiung der Signatüre dieses Vertrages von irgend einer ihrer Verpflichtungen oder Garantien haben kann, vielmehr

diese Pflichten und Garantien in ihrer Gesamtheit noch vorhanden sind, sie verpflichten sich, sogleich ihre Generalstäbe anzuweisen, untereinander in Verbindung zu treten, um zu vereinbaren, in welcher Art und Weise die ihnen obliegenden Verpflichtungen im Falle eines unprovokierten Angriffs technisch ausgeführt werden müßten.

IV. Sie beschließen, die deutsche Regierung einzuladen, den Ständigen Internationalen Gerichtshof in Haag die Argumente zu unterbreiten, die sie aus der Unvereinbarkeit des französisch-russischen Beistandspaktes mit dem Locarno-Vertrag herleiten will und sich zu verpflichten, die Entscheidung des genannten Gerichtes als endgültig anzuerkennen, unter Vorbehalt der Bestimmungen des nachstehenden Abschnitts VII Nr. 2.

Die französische Regierung erklärt, daß sie ihre Zustimmung zu der Befassung des genannten Gerichtes mit der vorgenannten Frage bereits erteilt hat.

V. Sie beschließen im Namen ihrer Regierungen gemeinsam, die deutsche Regierung einzuladen, sich mit den nachstehenden vorläufigen Regelungen einverstanden zu erklären, die in Kraft bleiben sollen bis zum Abschluß der nachstehend in Abschnitt VII vorgezeichneten Verhandlungen:

1. Jede Entsendung von Truppen oder Kriegsmaterial in die im Artikel 42 des Versailler Vertrages bezeichnete Zone wird mit sofortiger Wirkung eingestellt. Die dort vorhandenen Truppenstärken werden als ... Bataillone und ... Batterien Artillerie nicht übersteigen.

2. Die militärischen Verbände (SA, SS, Arbeitsdienst und andere Organisationen) in der besagten Zone werden genau in demselben Zustand belassen, in dem sie vor dem 7. März 1936 gewesen sind. Insbesondere dürfen sie keinesfalls in große Verbände zusammengefaßt werden oder direkt oder indirekt zur Verstärkung militärischer Verbände dienen.

Keinereise Besetzungsarbeiten und keine Vorbereitungen des Bodens darf in der besagten Zone vorgenommen werden. Flugplätze dürfen nicht angelegt, ausgebaut oder verbessert werden.

Die französische und die belgische Regierung verpflichten sich ebenfalls, während dieser Zeit die Entsendung von Truppen in die Zone an der Grenze zwischen ihren Ländern und Deutschland zu unterlassen.

VI. Sie verpflichten sich ferner, für die gleiche Zeitdauer alle notwendigen Maßnahmen zu unternehmen, die geeignet sind,

1. eine internationale Truppenmacht einschließlich von Detachements der Armeen der Garantiemächte zu schaffen, die mit Einverständnis der beteiligten Regierungen in der Zone stationiert werden soll, die begrenzt wird durch die belgisch-deutsche und die französisch-deutsche Grenze einerseits und auf der anderen Seite durch eine Linie, die östlich der genannten Grenzlinie im Abstand von ungefähr 20 Kilometer ver-

lässt. Diese Zone darf nur von den genannten internationalen Truppenteilen besetzt werden. Sie sollen

2. eine internationale Kommission schaffen, deren Aufgabe es sein soll, die Durchführung der Verpflichtungen zu überwachen, die einerseits die Mächte übernommen haben, welche die vorgenannten internationalen Truppenteile aufgestellt haben, wie auch andererseits die Verpflichtungen, die Belgien, Frankreich und Deutschland für die Durchführung der vorgenannten Abschnitte V und VI (1) übernommen haben.

VII.

Unter Bezugnahme auf den im deutschen Memorandum vom 7. März enthaltenen Vorschlag beschließen sie, soweit sie selbst davon betroffen sind,

der deutschen Regierung, wenn diese Regierung die in Verfolg des vorstehenden Abschnittes auf sie gerichtete Aufforderung ausdrücklich annimmt, vorzuschlagen, an Verhandlungen teilzunehmen, denen im einzelnen folgendes zugrunde liegen soll:

1. Befestigung der von der deutschen Regierung im Memorandum vom 7. März 1935 gemachten Vorschläge Nr. 2 bis 5,

2. Änderungen des Rheinland-Statuts,

3. Antwort gegenständlicher Bestandspunkte, die allen Signatarmächten von Locarno offenstehen und dazu bestimmt sind, ihre Sicherheit zu verstärken.

Mit Bezug auf die vier in London vertretenen Mächte wird die hier vorgesehene Befestigung ihrer Sicherheit besondere Verpflichtungen gegenseitigen Bekandes zwischen Belgien, Frankreich, dem Vereinigten Königreich und Italien oder einzelnen von ihnen enthalten, einschließlich geeigneter Vorkehrungen für die Sicherstellung sofortigen Handelns der Unterzeichner-Mächte, falls erforderlich, und technischer Abreden für die Vorbereitung derjenigen Maßnahmen, die die praktische Durchführung der übernommenen Verpflichtungen sicherstellen sollen.

Die vier Mächte erklären weiter, daß sie übereingekommen sind, im Laufe der Verhandlungen für die Annahme von Maßnahmen einzutreten, die dazu bestimmt sind, die zukünftige Anlage von Befestigungen in einer noch zu bestimmenden Zone zu verbieten oder zu beschränken.

VIII.

In der Erwägung, daß die Erhaltung des Friedens und die Organisation der kollektiven Sicherheit nur durch die Achtung der Verträge und die Begrenzung der Rüstungen sichergestellt werden kann, daß ferner die Wiederherstellung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Nationen auf einer gesunden Basis für den Fortschritt des Wiederaufbaues ebenso notwendig ist, erklären sie sich bereit:

Die Vorlage von Entschliessungen vor dem Völkerbundrat zu unterstützen, die eine Einladung aller beteiligten Nationen zu einer internationalen Konferenz zum Gegenstand haben, auf der im einzelnen geprüft werden würden:

1. Abkommen für die Organisation des Systems der kollektiven Sicherheit auf einer genau bestimmten und praktisch wirksamen Basis unter besonderer Berücksichtigung der Formulierung der Bedingungen, unter denen Artikel 16 des Völkerbundespatentes angewandt werden sollte,

2. Abkommen zum Zweck der tatsächlichen Beschränkung der Rüstungen,

3. internationale Vereinbarungen zum Zweck der Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen und der Ausrichtung des Handels zwischen den Nationen,

4. die im deutschen Memorandum vom 7. März gemachten Vorschläge 6 und 7, sowie die später mit Bezug auf Österreich und die Tschechoslowakei gemachten Anregungen.

IX.

Eingedenk der Tatsache, daß die aus Artikel 7 des Locarno-Vertrages ihren Regierungen obliegende Verpflichtung in keiner Weise die Pflicht des Völkerbundes einschränkt, jede zum Schutze des Weltfriedens trag und alljährlich erscheinende Maßnahme zu treffen

sowie unter Bezugnahme auf die Resolution des Völkerbundrates vom 17. April 1935 betr. den von den Mitgliedern des Völkerbundes einzuschlagenden Weg im Falle einer einseitigen Aufkündigung von Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Sicherheit der Völker und der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens

beschließen sie,

1. gemäß Artikel 11 des Statutes dem Völkerbundrat von der einseitigen Maßnahme Deutschlands, die als Gefahr für die europäische Sicherheit und als Drohung des Friedens erscheint, Kenntnis zu geben, und

2. demzufolge dem Völkerbundrat die angeschlossenen Resolutionen vorzuschlagen, wobei der deutschen Regierung vorbehalten bleibt, ihre Bemerkungen zu diesen Vorschlägen zu machen.

Mit dem Gleichberechtigungs?

Die Vorschläge, die in dem Memorandum der Locarno-Mächte enthalten sind, überbieten alles, was man bei der schwärzesten Auffassung erwarten konnte. Die Vorschläge atmen den reinen Geist des Versailler Vertrages, sie zeigen, daß die ehemals gegnerischen Mächte trotz allem, was sie mit dem Versailler Vertrag in der Welt angerichtet haben, gar nichts lernten und daß die Politiker der Locarno-Mächte die gleichen Männer geblieben sind, wie sie 1914 und 1918 waren. Man redet von Gleichberechtigung, aber von Gleichberechtigung ist auch nirgends in dem Dokument der Locarno-Mächte eine Spur zu finden! Der Internationale Gerichtshof, eine Einrichtung des Völkerbundes, kann uns kein Recht geben! Ihn anzurufen, ist nutzlos. Während Frankreich bis zur deutschen Grenze bis an die Zähne bewaffnet ist, soll Deutschland an der Grenze wehrlos bleiben und soll gegenüber den fabelhaften Befestigungen Frankreichs selbst keine Befestigungen errichten, sondern Tür und Tor für Frankreich offen lassen. Internationale Truppen der sogenannten Garantemächte sollen wieder in deutsches Gebiet einmarschieren und stationiert werden. Eine internationale Kommission soll die Durchführung der Verpflichtungen, die Deutschland übernehmen soll, überwachen. Von dem, was Frankreich und Belgien demgegenüber tun soll, ist nicht die Rede! So sieht die Gleichberechtigung aus, die man Deutschland anbietet? Auf solche Vorschläge kann es nur ein glattes Nein geben.

Von Ribbentrop bei König Eduard

London, 20. März. König Eduard VIII. empfing am Freitag vormittag im Buckingham-Palast Botschafter von Ribbentrop in halbständiger Audienz.

Arbeiterhäuser statt Granaten!

„Wenn wir heute in einen Krieg gestochen würden, dann kostet jede 30 cm-Granate gleich RM. 3000.—, und wenn ich noch anderthalbtausend Reichsmark dazu lege, dann habe ich dafür ein Arbeiterwohnhaus, und wenn ich eine Million solcher Granaten auf einen Haufen lege, dann ist dies noch lange kein Monument. Wenn ich aber eine Million solcher Häuser habe, in denen Arbeiter wohnen können, dann setze ich mir ein Denkmal.“

(Adolf Hitler in seiner Rede in Karlstube am 12. 3. 1936).

Eden vor dem Unterhaus

London, 20. März. Vor vollbesetztem Unterhaus gab Außenminister Eden am Freitagnachmittag eine längere außenpolitische Erklärung ab. Er sprach sich, so führte Eden u. a. aus, jetzt in der Lage zu sein, mehr als einen Zwischenbericht geben zu können. Er könne mitteilen, daß zwischen den Vertretern Frankreichs, Belgiens, Italiens und Englands Einigung über die Vorschläge erzielt worden sei, die den Regierungen unterbreitet wurden. Der Außenminister schloß hierauf die Ereignisse seit Abgabe seiner Erklärung am 9. März. Nach einem kurzen Hinweis auf die Ratstagung, die mit der geistigen Entscheidung noch nicht beendet sei und wahrscheinlich am Montag fortgesetzt werden würde, berichtete Eden dann über die Besprechungen unter den Locarnomächten. Von Anfang an sei es klar gewesen, daß die Befestigung der entmilitarisierten Zone durch deutsche Truppen eine vollendete Tatsache geschaffen habe, die die Eröffnung von Verhandlungen mit Deutschland sehr schwierig machte. Es sei deutlich die Ansicht vertreten worden, daß die Verhandlungen erst beginnen könnten, nachdem dieser Bruch des internationalen Rechts bis zu einem Grade wieder gutgemacht worden sei. Eden wandte sich nun dem Memorandum zu. Die Hauptschwierigkeit habe darin bestanden, die Zeit zu überbrücken, um imstande zu sein, in wirkungsvoller Weise Verhandlungen über die Wiedereinrichtung eines Sicherheitsystems zu führen und zum Abschluß zu bringen. Nach einer Wiederholung der einzelnen Punkte des Memorandums erklärte Eden weiter, der Völkerbundrat werde von den beabsichtigten Maßnahmen Kenntnis nehmen, die sich auf die Zwischenperiode beziehen. Diese Vorkehrungen, die sicher auch nach Ansicht des Unterhauses für die Zeit der Verhandlungen ein Gefühl der Sicherheit schaffen würden, seien fair und vernünftig (!) und legten Zeugnis ab von dem Geist, in dem die französische und belgische Regierung an diese Fragen herangegangen seien. Deutschland sei gebeten, gewisse Beiträge zu leisten und angesichts der durch die deutsche Wiederbefestigung der entmilitarisierten Zone geschaffenen Lage sei er überzeugt, daß das Unterhaus es für sehr vernünftig halten werde, Deutschland zur Leistung von Beiträgen zu bitten und dies insbesondere im Lichte der wesentlichen Beiträge, die sich aus der Zurückhaltung und der Mäßigkeit seitens der französischen und der belgischen Regierung ergäben. Er hoffe, das Unterhaus werde zugeben, daß die Vorschläge geeignet seien, der gegenwärtigen ernstlichen Notlage zu begegnen. Soweit es sich um die englische Regierung handele, sei sie bereit, diese Vorschläge anzunehmen und es sei Englands ernsthafte Hoffnung, daß auch die deutsche Regierung diese Vorschläge in diesem Lichte ansehen werde. Die deutsche Regierung, so fuhr Eden fort, habe deutlich ihren Wunsch nach einer Erleichterung der Spannung betont.

Es sei jetzt Sache der deutschen Regierung, zu zeigen, welchen Beitrag sie zu diesem Ziele zu leisten bereit sei. Gestern abend habe er Herrn v. Ribbentrop, den deutschen Vertreter, um seinen Besuch gebeten, und er habe ihm bei dieser Gelegenheit einen kurzen Umriß dieser Vorschläge gegeben. Der Botschafter habe sofort erklärt, daß er keine Stellung nehmen wolle, solange er nicht den gesamten Wortlaut gesehen habe, und daß er alle Vorbehalte hinsichtlich der Stellungnahme seiner Regierung mache. Am späten Abend habe er, Eden, Ribbentrop den Wortlaut geschickt, nachdem dieser vom Kabinett gebilligt worden sei. Dies sei die gegenwärtige Lage, wie sie sich nach diesen Wochen angestrengter Bemühungen ergebe. Er möchte betonen, daß in den Besprechungen zwischen den Locarnomächten das Ziel der Regierung durchweg zweifacher Art gewesen sei. Er habe versucht, der Gefahr zu begegnen, und es sei eine sehr ernste Gefahr gewesen. Außerdem habe England versucht, eine Gelegenheit für eine Regelung in Westeuropa auf einer festen und dauerhaften Grundlage herbeizuführen. Eden schloß mit der Versicherung, daß die Regierung in ihren Bemühungen unter keinen Umständen nachlassen werde.

Scharfe Kritik der Londoner Abendpresse an der Locarnobotschaft

London, 20. März. Auf Grund der ersten Berichte über die Denkschrift der Locarnomächte enthalten die Abendblätter eine Reihe von Stellungnahmen, die deutlich beweisen, daß sie von der englischen Öffentlichkeit nicht ohne Kritik hingenommen wird. Es ist dabei allerdings zu berücksichtigen, daß die Abendpresse sich ausschließlich aus Oppositionsblättern zusammensetzt. So schreibt die „Evening News“ u. a.: Deutschland könnte vor dem Völkerbundrat seinen Fähigkeiten und entwerfenderen Anwalt als Herr von Ribbentrop haben. Er hat drei Argumente vorgebracht, durch die Deutschland die „Wiederentmilitarisierung“ des Rheinlandes rechtfertigt.

a) daß der Franco-Sowjetpakt den Locarnovertrag in seinem Wesen zerstört hat, wenn auch nicht rechtlich,

b) daß alle Signatarmächte außer Deutschland durch Unterlassung eines ernsthaften Versuches zur Abrüstung, wie es der Vertrag verlangt hatte, ihn seiner Gültigkeit beraubt hätten, und

c) daß, wenn Deutschland nur einfach gegen den Franco-Sowjetpakt einen Gerichtshof angerufen hätte und die Erhebung des Locarnoabkommens durch ein besseres verlangt hätte, es dann hätte anrufen können „bis die Kühle wieder nach Hause kommen“. Deutschland hat das Bohnengericht ausgeliefert. Die Tatsache, daß der Topf bereits Sprünge hatte, daß die Bohnen verbrannt waren und daß das Feuer ausgegangen war, hat keinerlei rechtliche Folgen. Müssen wir aber so gründlich juristisch sein, fragt sich der Durchschnittsbürger. Wir sehen hierfür keine Notwendigkeit. Aber Regierungen haben nun einmal die Leidenschaft, den Rechtsanwalt zu spielen. Das Blatt wendet sich dann gegen den Vorschlag, den französisch-sowjetrussischen Pakt vor den Haager Gerichtshof zu bringen und schreibt: Abgesehen davon, daß die juristische Unparteilichkeit des Haager Gerichtshofes verdächtig ist, hilft der Vorschlag nicht besonders weiter. Der Haager Gerichtshof mag, wenn er ehelich ist, erklären, daß es keine klare Rechtsfrage gibt, aber die er sich äußern kann, daß die Frage eine solche der Ethik, der Politik und der Psychologie ist, und daß es sich dabei nicht um eine Angelegenheit handelt. Dann gibt es da einen Vorschlag, den wir nur mit komischer Erleichterung betrachten können, daß eine dünne Linie neutraler Truppen vollständig mit Blechmüß eine Nacht am friedlich stichenden Rhein halten soll.

Im „Evening Standard“ heißt es u. a.: In dem Plan befinden sich gewisse Dinge, die nicht von besorgten Staatsleuten, sondern von böswilligen politischen Satirikern hätten ins Auge gefaßt sein können. Da ist z. B. der Plan für eine neutrale Zone, die von internationalen Truppen bewacht werden soll.

Vor etwa 14 Tagen hat Hitler die Gefahr auf sich genommen, Europa zu trohen, indem er seine Legionen in das vertragmäßig entmilitarisierte Rheinlandsgebiet sandte. Heute wird er aufgefordert, nicht diese Soldaten zurückzuziehen, sondern es zu gestatten, daß eine internationale Wache in das Rheinland eindringt, um als Polizei ihn zu überwachen. Das ist schon verwunderlich. Noch verwunderlicher ist aber die Tatsache, daß die internationale Polizeitruppe italienische Abteilungen enthalten soll. Der Völkerbund hat kürzlich Italien für einen Vertragsbrecher erklärt. Trotzdem besand sich der Vertreter Italiens unter den Richtern, die Deutschland verurteilten. Italien ist in Abessinien eingezogen. Deutschland ist nicht in Frankreich eingezogen. Sein Vertragsbruch beruht nur sein eigenes Gebiet. Aber die Locarnomächte glauben, daß eine internationale Armee wünschenswert sei, um den Frieden am Rhein aufrecht zu erhalten, bis eine dauernde internationale Regelung erzielt werde. Und Italien, das den Frieden in Abessinien gebrochen hat, wird aufgefordert, sich an dieser Armee zu beteiligen.

Deutschland wird diesen Plan für eine neutrale Zone innerhalb seines Gebietes ablehnen. Es wird auch einen anderen Teil des Planes ablehnen, die Bestimmung, daß es den französisch-sowjetrussischen Pakt dem internationalen Gerichtshof in Haag unterbreiten soll. So scheint es, noch bevor die Aussprache beginnt, daß der neue Plan zum Scheitern verurteilt ist. Was soll dann geschehen? Die Franzosen erwarten, daß, wenn Deutschland den Plan ablehnt, automatisch ein französisch-britisches Bündnis kommt. Zweifelloser würde das Bündnis nicht offen als solches bezeichnet werden. Das britische Volk wird sich gegen diese Art dieses neuen Locarno zu wehren haben, und zwar wird es sich ganz energisch dagegen zu wehren haben.

Jungwähler, denke daran!

Wahlberechtigt ist, wer am 29. März sein 20. Lebensjahr vollendet hat, d. h. wer am 29. März 20 Jahre alt geworden ist. Denke daran, junger Deutscher, denke daran, deutsches Mädel.

Französische Stimmen

zu Vereinbarungen der vier Locarnomächte

Paris, 20. März. Der Agence Havas berichtet aus London über die zwischen den Locarnomächten England, Frankreich, Italien und Belgien getroffenen Vereinbarungen. Danach sei in erster Linie die Urkundung des Haager Schiedsgerichtshofes geplant, um ein Urteil über die Frage zu erlangen, ob der französisch-sowjetrussische Pakt mit dem Locarnovertrag nicht vereinbar sei.

Weiter denke man daran, so behauptet Havas eine entmilitarisierte Zone von 20 Kilometer Breite auf deutschem Gebiet wiederherzustellen. Dies würde eine zeitweise Räumung durch die deutschen Truppen voraussetzen. Die neue 20 Kilometer-Zone solle von internationalen Truppenkontingenten besetzt werden, deren Zusammensetzung aber noch nicht festgelegt sei. Ueber die Zeitdauer dieser Besetzung heißt es, daß sie solange dauern solle, wie die Verhandlungen mit Deutschland über ein neues Rheinstatut wären. Schließlich seien die notwendigen technischen Abkommen bereits festgelegt, um die französisch-belgische Sicherheit während dieser Übergangszeit zu gewährleisten.

Die Pariser Presse ist von der bereits vorliegenden Zustimmung der englischen und der französischen Regierung und der erwarteten Zustimmung Roms und Brüssels zu dem in London zustandekommenen Abkommen der vier rechtlichen Locarnomächte befriedigt. Sie macht sich aber keine überaus optimistischen Hoffnungen bezüglich der praktischen Auswirkungen dieses Abkommens denn man rechnet in Paris nach den Erklärungen des Botschafters von Ribbentrop mit einer Ablehnung dieses Abkommens durch Deutschland.

Bei der Aufstellung der Bilanz der Londoner Verhandlungen bucht man in Paris im allgemeinen praktisch als Verlust



den Wegfall der deutschen entmilitarisierten Zone und den Verzicht auf die Anwendung des sogenannten französischen Sanktionsrechts. Hingegen wird auf der Gewinnseite theoretisch der englische Weltmarkt und eine angebliche Rückkehr Italiens zur Streifenfront gebucht. Die Ausführaugen des Vorkämpfers von Ribbentrop werden auf Grund des vorliegenden Völkerbundsrats-Abstimmungsprotokolls als Verteidigungsrede bezeichnet, die nicht überzeugend gewirkt habe. Der Weltkonferenzgedanke im Sommer wird in der französischen Presse ziemlich farblos behandelt. In dem Londoner Bericht des „Petit Parisien“ heißt es, die französischen Unterhändler hätten nicht durchgehen können, daß man Deutschland zur Räumung der ehemals entmilitarisierten Zone zwingen. Anstelle dessen habe man die Wiederherstellung des internationalen Geleiches und einen greifbaren Erlaß für die Sicherheit Frankreichs erstrebt. Das Scheitern, so heißt es in dem Bericht weiter, Flondin und Paul-Boncour nach erbittertem Kampfe erreicht zu haben.

Worte aus der Führerrede! in Königsberg

„Wann ist jemals in drei Jahren deutscher Geschichte mehr und Besseres geleistet worden als in den Jahren 1933 bis jetzt? Welche Einmütigkeit bietet heute diese geistlich so oft zerrissene Nation? Welches Bild bietet heute dieses Volk in seiner Geduld, in der Nacht seines Willens und in der Stärke seines Glaubens. Was durch diese wunderbare Kraft in diesen drei Jahren Deutschland an Nutzen erwachsen ist, kann kaum abgeschätzt werden.“

„Das deutsche Volk hat ein anderes Gesicht bekommen. Die Millionen haben einen anderen Glauben erhalten. Früher ging von ihnen aus eine Welle des Verzweifels und der Verwilderung, der Lethargie, der Gleichgültigkeit und der Hoffnungslosigkeit. Jetzt strahlt aus ihnen diese stolze Zuversicht, dieser fanatische Glaube: Deutschland lebt und wird nicht zugrunde gehen!“

„Es ist unmöglich, einen Bund der Nationen aufzubauen auf dem Boden eines Vertrages, der die Völker zerteilt in verschiedenen gewerteten Klassen von Nationen. Was wir erstreben, ist die Erhebung dieser aus Haß geborenen Völkerzerstückelung durch eine höhere Vernunft der Völkervereinigung und Völkervereinigung. Es ist die Aufgabe einer wirklich politischen Führung, den natürlichen Lebensanspruch der Nationen im Einzelnen zu sehen und ihm in vernünftiger Weise nachzugeben, statt zu versuchen, ihn zu vergewaltigen.“

„Deutschland hat keine Eroberungswünsche in Europa. Deutschland hat nicht die Absicht, irgend jemand in Europa etwas zuleide zu tun. Es hat aber auch nicht die Absicht, noch irgend ein Leid in Zukunft zu erdulden.“

„Für meine Entschlüsse gibt es nur eine einzige Verantwortung, die ich mich verantwortlich fühle, und das ist das deutsche Volk selbst! Ich bitte es, daß es mich in diesem Kampfe stützt, daß es mir die große Legitimation erteilt, als sein Vertreter, als sein Sprecher und als sein Führer vor der Welt handeln zu können!“

„Ich bitte — und hinter mir steht dann geschlossen ein ganzes Volk — den anderen Völkern die Hand zur Verständigung und zur Verständigung. Wer es vor seinem Gewissen verantworten kann, diese Hand in der sich 84 Millionen Menschen vereinigen, zurückzuführen, der soll dann die Verantwortung vor der Geschichte übernehmen!“

„Drei Jahre lang, mein deutsches Volk, bin ich dein Herold gewesen. Heute bin ich wieder dein Herold für den Frieden Europas. Trist jetzt wie ein Mann hinter mich und höre mich in meinem Kampfe, der der Kampf ist für dein Recht und für deine Freiheit!“

Für Freiheit, Größe und nationale Sicherheit

NSK Die Reichsrauenführerin, Frau Gertrud Scholz-Klink, erklärt den nachstehenden Aufruf zur Wahl:

Deutsche Frauen und Mädchen!

Nach drei Jahren nationalsozialistischer Regierung ruft der Führer das deutsche Volk auf, ihm durch die bevorstehende Reichstagswahl sein Vertrauen zur bisherigen Staatsführung zu bekunden.

Wir Frauen und Mütter, die wir als Lebens- und Kampfgefährten der Männer bedingungslos verstanden sind in das Gesamtgeschick unseres Volkes, sind doch wie wieder einmal vor aller Welt unter einmütiges Bekenntnis zu unserem Volk, zu unserer Gemeinschaft und zu unserem nationalsozialistischen Deutschland erneuert können.

So wie der Führer unserem eigenen Volk Ruhe und Ordnung wiedergibt, so hat er durch seinen Appell den Völkern Europas den Weg zum Frieden gezeigt.

Deutsche Frauen, beweist der Welt, daß dem Führer unser Vertrauen unser Glaube gehört, und daß wir bereit sind, den Auferstehungsweg unseres Volkes zur Freiheit, Größe und nationaler Sicherheit in bedingungsloser Geselshaft zu gehen.

Das wollen wir am 29. März befehlen!

Der Stimmzettel für die Reichstagswahl

Berlin, 20. März. Der Stimmzettel für die Reichstagswahl ist in drei Felder eingeteilt. Das obere Feld das über die ganze Breite des Stimmzettels geht, trägt die Aufschrift: „Reichstag für Freiheit und Frieden“. Darunter steht in diesem Feld die Angabe des Wahlkreises. Unter diesem Feld liegen die beiden anderen Felder im Größenverhältnis 4:1. In dem größeren linken Feld in der ersten Zeile: Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. In der zweiten Zeile groß und fett gedruckt: „Hail Hitler“ und in der dritten Zeile folgen die Namen „Heß, Frick, Göring, Gäßbels, Murr“. In dem rechten kleineren Feld ist der Kreis zum Ankreuzen angebracht.

Die 3 jährige Aufbauarbeit unseres Führers Adolf Hitler

Die dreijährige Aufbauarbeit unseres Führers und Reichskanzlers Adolf Hitler tritt nicht nur in großen Städten und bei den großen Bauunternehmen und Bauvorhaben im Reiche in Erscheinung, sondern diese nationalsozialistische Aufbauarbeit lenkt auch ihre Strahlen in entlegene Gegenden und Bezirke, auch in unserer Schwarzwald.

Es ist notwendig, und man muß es sich immer wieder vergegenwärtigen, was vorher war und wie es vorher war, als unser Führer noch nicht an der Macht war. In der Zeit, als man sich in den Parlamenten noch zu Tode redete und wo in der Hexenküche des Reichstags noch die Rezepte der vielen Parteien zusammengebräut und dieser Nischmatsch dem Volk dargeboten wurde. Wo vor den Wahlen die Parteimänner in allen Schattierungen zu uns kamen, sich oder ihre Kandidaten vorstellten und alles versprachen, was man gerne hörte. Waren die Kandidaten glücklich wieder gewählt, dann kimmerten sie sich herzlich wenig mehr um die Wähler und lebten im Genuß ihrer Diäten. Die meisten pflegten der Ruhe, hielten ab und zu Neben aus den Fenstern des Parlaments, um den Wählern zu zeigen, wie man sich um ihr Wohl bemüht und stellten sich wieder vor, wenn ihr Mandat beendet war und sie sich um das neue bemühen mußten.

Das zu Tode gerittene Parlamentsrosch ließ ab und zu seine Kesseln in Gestalt von Kompromissen fallen, sie rochen aber so abscheulich, daß das Volk schließlich einen Ekel davon bekam. Wenn man heute auf diese Parlamentszeit mit all' ihren Blüten und zweifelhaften Früchten zurückblickt, so muß man sagen, daß die Parlamente und die Parteien ihr Schicksal reichlich verdient haben. Während dem ewigen Reden in den Parlamenten wurde die Arbeitslosigkeit immer größer, man hörte seltener auf den Ambos schlagen, die Fabriken wurden immer stiller und das Los unserer Bauern immer trostloser. Nur beim Stempeln blühte das Geschäft und hier war der größte Hochbetrieb zu verzeichnen. Wie ungeheuer groß war doch die Not so vieler Volksgenossen, die keine Arbeit finden konnten, die Not in den Familien, wie gering die Aussicht Arbeit zu bekommen! Wie wurde die arbeitslose Jugend vielfach verlehrt und enttäuscht! Bekanntlich ist „Rühgiggung aller Laster Anfang“ und so hatten auch die Gerichte außerordentlich viel zu tun. Auch der Bettel blühte, und Bettler und Landstreicher durchzogen das Land, bettelten fleißig, belästigten und bedrohten besonders entlegene Orte und Gehöfte, so daß es eine richtige Landplage gab — man weiß es ja heute fast nicht mehr, daß die nationalsozialistische Regierung das Volk von dieser Plage befreit hat.

So war es eine erlösende Tat des Führers, als er zur Macht gekommen, das Arbeitslosenproblem so tatkräftig in die Hand nahm und mit Arbeitsbeschaffungsmassnahmen der Arbeitslosigkeit auf den Leib rückte. Viele Arbeiter bekamen wieder Arbeit und Brot. Auch in den so still gewordenen Werkstätten unserer Handwerker wurde es nach und nach wieder lebendiger, viele Kamine der Industrie begannen wieder zu rauchen und die Maschinen, die verstummt waren, begannen wieder ihr gleichmäßiges Lied zu singen.

Das Wort des Dichters „Arbeit ist des Bürgers Herde, Segen ist der Mühe Preis“ ist wieder vielen zum Erlebnis geworden und zur Wirklichkeit. Daß in der Arbeit selbst nicht nur Segen ruht, sondern auch in dem, was durch die Arbeit geschaffen wird, tritt auch bei der jetzigen Arbeitsbeschaffung durch die nationalsozialistische Regierung recht in Erscheinung.

Wir wollen bei dieser Betrachtung unsere Blicke nicht nur auf die großen Arbeitsvorgänge und Arbeitsvorhaben im Reiche richten, sondern uns vergegenwärtigen, was allein in Altensteig und Umgebung in der dreijährigen Regierungszeit unseres Führers durch Arbeitsbeschaffung und an Kulturwerten geschaffen wurde.

Zuvorderst steht der großzügige Straßenumbau Nagold-Altensteig, dessen Pläne bei der alten Regierung nicht vorwärts getrieben werden konnten. Daß

diese elendeste und gefahrvollste aller Straßen mit ungeheueren Geldopfern umgebaut und in eine prachtvolle Straße umgewandelt wurde, ist nur der nationalsozialistischen Regierung und damit dem Führer zu verdanken.

Die 3. Et. im Werk begriffene teilweise Verlegung der Nagold und der Bau der Ortsdurchfahrt der Reichsstraße 28 zwischen „Anker“ und Reichspostgebäude in Altensteig ist eine weitere segensreiche Tat und setzt den Schlüsselstein zu dem großzügigen Umbau der Talstraße Nagold-Altensteig.

Als ein großer Fortschritt ist weiter zu verzeichnen die Feldbereinigung III in Altensteig mit ihren vielen Wegbauten, die wohl mancherlei Opfer von den Feldbesitzern forderten, die aber ein Segen sein werden für Kind und Kindeskind. Freiwilliger Arbeitsdienst und Reichsarbeitsdienst fanden hier eine dankbare Aufgabe und die dabei beschäftigten Rotstandsarbeiter Arbeit und Brot.

Die Brücken beim „Anker“ und an dem Seltengraben sind ebenfalls Kinder dieser Zeit und verdanken ihr eisernes Dasein ebenfalls der Initiative der Zeit des Aufbaues. — Erwähnenswert ist ferner die Schaffung einer weiteren Reservekraft (Dielelanlage) im Siedröhen Elektrizitätswerk.

Für den Arbeitsdienst, den der Führer schuf, wurde das Arbeitsdienstlager für den ehemaligen Freiwilligen Arbeitsdienst im Jahr 1933 durch die Stadterwaltung aufgebaut und nun durch das Reich vervollständigt.

Die Instandsetzung der Straßen, der Bau von Waldwegen und die Instandsetzung städtischer Gebäude brachten weitere Arbeitsbeschaffung und schuf weitere Werte.

Die Reichsbauzuschüsse veranlaßten viele Umbauten und brachten dem Handwerk und dem Arbeiter Verdienst und Brot.

Entwässerungen durch den Arbeitsdienst in Ueberberg, Beuren, Monhardt, Hochdorf etc. schafften bessere Wiesen und dadurch Werte für unsere Bauern.

Der Bau von Straßen und Straßenanlagen in der weiteren Umgebung brachte vielen Arbeitern Brot. Zu erwähnen sind besonders der Ausbau der Kleinenstraße und der Bau der Höhenstraße Simmersfeld-Bejenfeld-Freudenstadt, der Um- und Neubau der Straße Freudenstadt-Pfalzgrafenweiler.

Alle diese Arbeitsunternehmen, die in erster Linie der Initiative unseres Führers zu danken sind, brachten viel Arbeit und verdrängten manche Sorgen in den Familien, brachten Auftrieb für den Handel und Verkehr und schufen Kulturwerte für alle Zeiten.

Die allgemeine Bautätigkeit hat einen großen Auftrieb erhalten. Das Jahr 1936 verspricht dem Schlüsselgewerbe viele Arbeit zu bringen, die der ganzen Wirtschaft zugute kommt.

Der deutsche Unternehmungsgeist ist wieder lebendig geworden. Das konnte man auch auf der diesjährigen Leipziger Frühjahrsmesse feststellen, die die beste aller letztjährigen Messen war. Besonders die Technische Messe gab ein Bild frohen Unternehmertums. Ueberall herrschte die Zuversicht und der Glaube an eine weitere Aufwärtsbewegung unserer Wirtschaft.

Diesen Glauben und diese Zuversicht gab uns der Führer. Unserem Führer zu danken für das, was er für unser Volk und Vaterland und damit für jeden Einzelnen getan hat, gibt die Wahl am 29. März Gelegenheit. Möge deshalb jedermann zur Wahl gehen und dem Führer seine Stimme geben. Das damit dem Führer zum Ausdruck gebrachte einmütige Vertrauen wird ihm Kraft und Freudigkeit zu weiterem Tun geben und der Welt den Beweis bringen, daß das deutsche Volk restlos hinter seinem Führer und seinem festen, unbeugsamen Willen steht.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 22. März 1936.

Ein Tag des Arbeitsdienstes. Am Sonntag, 22. März 1936, wird die dem Wahltag vorausgehende Woche durch den „Tag des Arbeitsdienstes“ eingeleitet. Es wird unter anderem von 9.00—10.00 Uhr ein Propagandamarsch stattfinden. Daran anschließend wird die Morgenfeier des Reichsarbeitsdienstes, verbunden mit der Verabschiedung der Arbeitsmänner durch den Herrn Reichsarbeitsführer von 10.00—10.45 Uhr im hiesigen Arbeitsdienstlager übertragen. Die Einwohnerschaft Altensteigs ist hiermit darauf aufmerksam gemacht und eingeladen. Ebenfalls wird Sonntagmittags 14.30 Uhr in Ebenhäusern und 16.30 Uhr in Simmersfeld in entsprechender Weise dieses Tages gedacht und nach erfolgten Propagandamärschen durch eine Ansprache auf die Wichtigkeit dieses Tages hingewiesen.

Einberufung zum Reichsarbeitsdienst. (Jahrgang 1915 tritt am 1. April an). Ein großer Teil der Reichsarbeitsdienstpflichtigen des Jahrgangs 1915, deren Einberufung zum 1. April 1936 vorgelesen war, wird in den nächsten

Tagen den Gestellungsbefehl erhalten. Auch Freiwillige, die zur Wehrmacht am 1. Oktober 1936 gehen wollen und vorher der RAD-Pflicht genügt haben müssen, bekommen den Gestellungsbefehl in den nächsten Tagen.

Vom Radfahrerverein. Am Sonntag findet im Gasthaus zum „Goldenen Stern“ hier eine Kreistagung statt, bei welcher Gau- und Bezirksführer Dittmar aus Stuttgart sprechen wird. An dieser Tagung haben sämtliche Vereine des Kreises Nagold, Neuenbürg, Calw und Freudenstadt teilzunehmen.

Kosfelden, 20. März. (Bauunfall.) Zimmermeister Bachmann und Zimmermann Feuerbacher waren in einem Hause mit Bauarbeiten beschäftigt, als plötzlich die Zimmerdecke über ihnen brach und herabfiel. Feuerbacher wurde durch die Schuttmassen zugebedet, kam jedoch mit leichten Verletzungen davon, während Bachmann durch die offene Kiegelwand auf die Straße geschleudert wurde und durch den Sturz ein Bein gebrochen hat.

Freudenstadt, 19. März. (Der Kurjaal soll vergrößert werden.) Der Kurverein, die treibende Kraft und Seele im Freudenstädter Fremdenbetrieb, beabsichtigt in den kommenden Wochen eine Vergrößerung des Kurjaales.

Freudenstadt, 21. März. (Schwerhörigenanlage in der Stadtkirche.) In der hiesigen Stadtkirche wurde eine Anlage für Schwerhörige eingerichtet, die am morgigen Sonntag ausprobiert wird.

Bad Ueberlingen, 19. März. (Von einem einstürzenden Schornstein getötet.) Im Kurgarten des Badhotels werden die Trink- und Badeanlagen umgebaut. Bei diesen Arbeiten ereignete sich am Dienstag ein schwerer Unfall durch Einsturz eines Schornsteins. Der Schornstein stürzte direkt auf einen der beschäftigten Arbeiter und begrub ihn unter seiner schweren Last. Der Verunglückte konnte nur als Toter geborgen werden.

Eine einfache Rechnung
Zeit + anstandslos - billig!
 und deshalb ein für allemal
 die Schuhe putzt man mit **Erdal**

Kornwestheim, 20. März. (Dr. Lejpricht.) Am Samstag vormittag 11.30 Uhr spricht der Reichsorganisationsleiter und Reichsleiter der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Len, in einer Massenversammlung in Kornwestheim. Ein Zelt mit einem Fassungsvermögen von zirka 16.000 Menschen wurde für diese Versammlung errichtet. Sämtliche Betriebe des Kreises Ludwigsburg werden an dieser gewaltigen Treuekundgebung teilnehmen.

Schwab. Hall, 20. März. (Haltgeldbetrüger.) Seit einiger Zeit treibt im Kreis Hall ein ganz gefährlicher Haltgeldbetrüger sein Unwesen, der schon eine größere Anzahl von Bauern um namhafte Geldbeträge geschädigt hat. Der Betrüger stellt sich unter einem falschen Namen vor und unterschreibt mit diesem falschen Namen einen Arbeitsvertrag. Er läßt sich unter allen möglichen unwarhaken Vorbringen, wie: er habe einen Motorradunfall gehabt, komme eben erst aus dem Krankenhaus usw., ein Haltgeld in Höhe von 5 bis 10 Mark geben. Seine Dienststelle tritt er in seinem Fall an. Er nährt sich in Heu- und Strohhalm und entzieht sich so seiner Kellnahme.

Seht die Stimmliste an! — Sicher Euer Stimmrecht!
Die Stimmlisten liegen am 21. und 22. März bei den Gemeindebehörden an.
Ohne Eintragung in die Stimmliste kein Wahlrecht!

Veonberg, 20. März. (Motorradfahrer verunglückt.) Am Donnerstagabend verunglückte bei der haarnadelkurve der Motorradfahrer Gustav Gadtke von Simmozheim. Auf noch nicht geklärte Weise wurde das Rad aus der Fahrbahn geschleudert, wobei der Fahrer schwer und sein Beifahrer Gotthilf Rohr, ebenfalls von Simmozheim, leichter verletzt wurden.

Urach, 20. März. (Auto abgestürzt.) In der Seeburger Steige ereignete sich wieder einmal ein Autounfall. Infolge Glattfettes kam ein auswärtiger Personenwagen ins Schleudern, überschlug sich und stürzte die etwa sechs Meter tiefe Böschung hinunter. Glücklicherweise wurde das Auto in drei Meter Tiefe durch einen starken Baum aufgehalten. Die beiden Insassen wurden aus dem Wagen geschleudert, kamen aber mit dem Schrecken davon.

Vindau, 20. März. (Todessturz.) Die 37 Jahre alte NS-Schwester Elisabeth Madischiedler war seit etwa acht Tagen an Grippe erkrankt, zu der sich noch Herzkomplikationen hinzugefügten. Als in der Frühe die Militärkapelle zum Wehrst durch die Straßen zog, eilte die Schwester im Fieberzustand vom Bett ans Fenster, riß dieses auf, bekam das Uebergewicht und fiel auf die Straße. Schwer verletzt wurde sie ins Krankenhaus gebracht, wo sie einige Stunden später verschied.

Friedrichshafen, 20. März. (Werktätigenfahrt.) Wie der Kommandant des Luftschiffs „Graf Zeppelin“, Kapitän von Schiller, mitteilt, wird das Luftschiff „Graf Zeppelin“ am nächsten Montag, den 23. März, seine erste diesjährige Werkstättenfahrt ausführen.

Auß Faden

Ffrozheim-Brögingen, 20. März. (Von einem Pferd das Gesicht zerseht.) Ein Maurermeister wurde beim Betreten seines Stalles von seinem Pferd mit dem Hinterfuß ins Gesicht geschlagen. Beide Wangen wurden ihm zerseht; mit schweren Verletzungen wurde er ins Krankenhaus gebracht. Vor einigen Monaten war er von dem gleichen Pferd in die Seite getreten worden und hatte damals mehrere Rippenbrüche davongetragen.

Als Schädlinge verschrien

Wie heute nur noch bei dem Auswurf der Emigrantenpresse, so galt die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei einst beim „offiziellen“ Deutschland als Partei schandvollster Sündenböcker. Die Hitlerbewegung bestand für das System aus ungeistigen Elementen im außenpolitischen Vorzeelansehen, wie sie ihn aussahen.

Der Sprecher der letzten roten Preußenregierung sagte:

„Wer das deutsche Ansehen in der Welt wiederherstellen, das Vertrauen zurückgewinnen will, der muß sich heute in allererster Linie mit größter Entschiedenheit gegen die Nationalsozialisten wenden.“

In drei kurzen Jahren

hat die Hitlerregierung durch außenpolitische Besonnenheit und Wahrung unser Vaterland vom jämmerlichen Stiefkind der Welt zur überall respektierten Nation zurückgewandelt.

Solche Erfolge in der internationalen Welt suchen auf der einzigen Geloglichkeit hinter dem Führer!

Bezeugt darum zu Millionen am 29. März dem Führer eure Liebe u. Treue. Ihr stärkt damit seiner Aufbaupolitik den Rücken!

Dank an Adolf Hitler

Das Reich ist frei!
Mit einem kühnen Schloge
Brachst du die letzte Plage
Der Tyrannen!

Der deutsche Rhein,
Nun ist er nicht mehr wehrlos.
Deutschland ist nicht mehr ehrlos,
Wird's nie mehr sein!

Paul Spann (Tronje)

Bekanntmachungen der NSDAP.

Partial-Organisation

Ortsgruppe Altensteig

Wer morgen abend an der Regenthafer-Versammlung in Kagofd teilnehmen will, meldet sich bis heute abend bei mir.
Sieilo, Ortsgruppenleiter.

SA., SAR., SAL., SS., NSKK., RAD.

Sonntag 8 Uhr antreten bei der Turnhalle (Schießen).

NJ., IV., BdM., JM.

Hilfer-Jugend, Gefolgshaft 17/126

Am Sonntag, den 22. d. M., tritt die ganze Gefolgshaft um 1 Uhr bei der Turnhalle in Altensteig an. Ende gegen 4.30 Uhr.
Der Gefolgshaftsführer.

Beste Nachrichten

Prämienziehung zur Reichswinterhilfslotterie
Gewinne im Betrage von 75.000 RM.

München, 20. März. Die öffentliche Prämienziehung zur Reichswinterhilfslotterie fand am Freitagnachmittag in München statt. Aus allen Kreisen der Bevölkerung haben sich zahlreiche Prämienheindebhaber eingefunden und verfolgt gespannt den Verlauf der mehr als dreistündigen Ziehung. Die Auslosung der 615 Prämiengewinne aus der Gewinntrammel wurde in der Reihenfolge der 15 Lotterierien vorgenommen. Auf jede Serie trafen hiermit eine 1000 RM-Prämie und 40 Prämien zu je 100 RM. In den 15 Serien fiel je eine Prämie von 1000 Reichsmark auf folgende Nummern: 441 594, 1976 570, 1 085 288, 1 984 151, 704 668, 1 259 969, 490 987, 924 431, 1 821 427, 988 831, 1 058 949, 1 460 155, 1 471 121, 1 938 321, 951 393. (Ohne Gewähr).

Locarnoausprache vor dem Völkerrundrat am Montag

London, 20. März. Der Völkerrundrat, der am Freitagnachmittag in Anwesenheit der deutschen Delegierten zu einer nichtöffentlichen Sitzung zusammentrat, hat beschlossen, die Ausprache über die Anträge der Locarnomächte am Montagnachmittag um 4 Uhr zu beginnen. Eine Reihe von Ratsmitgliedern hatte eine längere Pause verlangt, um die Beschlüsse ihrer Regierungen einzuziehen. Von verschiedenen Seiten wurde betont, daß die Vorschläge der Locarnomächte einer ausführlichen Erläuterung bedürftigen, um in ihrer vollen Tragweite beurteilt werden zu können.

Der Dreizehnerauschuß tritt nunmehr am Montagvormittag um 10.30 Uhr zusammen.

Städt. Forstverwaltung Altensteig. Nadelstammholz-Verkauf.

Aus Stadtwald I Bestandholde Nr. 4, III Langerberg Abt. 1. 10. VI Belemen Abt. 1. 2. 4. 5. 11. 15. 16. 18. 19. 26. 28. 37.

1485 Festmeter und zwar:

2659 F, 407 To mit Fm. Langh.: 5 I., 132 II., 358 III., 391 IV., 351 V., 117 VI. Kl., Absch.: 2 I., 11 II., 12 III., 21 IV., 13 V., 1 VI. Kl.
221 To mit Fm. Langh.: 4 II., 6 III., 10 IV., 44 V., 5 VI. Absch.: 2 III., 3 IV., 1 V. Kl.

Die Verkaufsbedingungen sind die staatlichen. Losverzeichnisse durch die städt. Forstverwaltung. Bedingungslos, schriftliche Angebote in Projekten der Grundpreise werden bis Montag, den 30. März 1936 an das Bürgermeisteramt erbeten.

Haft! Achtung!

Besuchen Sie Samstag, Sonntag, Montag **Schwenold's Heranraumsparkel** bei der Turnhalle

Flottenschicht, Preisschießhalle, sowie das beliebte Märchentanzfest (auch für die Kleinsten.)

Neue Gewehre. Flotte Waff.

Gartenteil zu verpacken.

Fr. Flaig, Altensteig

Füllhalter

sind willkommene Geschenke! in allen Preislagen erhältlich in der

Buchhandlung Lauk Altensteig

Einen Knecht sucht.

Wer? sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Berkaufe ca. 30 Zentner

Enzernekleeheu

sowie einen bereits neuen

Rochherd

Rübler, Schneidermesser Martinsmoos.

Schwein

ca. 150 Pfund schwer, verkauft G. Reitschler, Wart.

Radfahrer-Berela Altensteig.

Sonntag mittag 2 Uhr findet im Lokal eine **Kreisung** statt. Es folgen in Pflicht. Der Vorstand

Verloren

auf der Straße von Berned-Altenteig 1 Paar Leder-Etalphandschuhe. Abzugeben gegen Belohnung im „Röhle“ Berned od. d. G. Sch. 11. d. Bl.

● Blanke Möbel immer nur durch
● **Kiwal**
● Möbelaufschmitten Normal-, -st., Doppelt. 1.45
Erhältlich: Apotheke, Löwen D. og. Schwarzwalder-Dro., etc.

Eine große Partie **Satten zum Blinden** vergibt im Akkord **Cärwerk Ralmbach Böckersberg.**

ZUM 29. M'ÄRZ

Um 3,5 Milliarden erhöhten sich die Sparguthaben des werktätigen Volkes



SPAREN IST VERTRAUEN!

Der Arbeiter ist der treueste Gefolgsmann **Adolf Hitlers!**

DEUTSCHER VERLAG

Hermann Schmid
Klara Schmid geb. Albrecht
Vermählte
Wildbad Altensteig
21. März 1936

Vorhänge

Neuzell. Raumgestaltung
Neue Stoffe u. Farben
Duft. Volistoffe, Rips
Kettendruck, Fantasie-Tafel, Marquise, Stores
Galerieleisten
In jeder Farbtonung, sowie sämtliche Zubehörtelle
Anfertigung billigst, auch wenn Stoffe geliefert werden.

Friedrich Ruf, Tapeziergeschäft
Altensteig

Stets blanke Möbel durch Dr. Ersle's Möbelputz **„Wunderschön“**
Drogerie Schlumberger.

Kirchl. Nachrichten.
Ev. Gottesdienst.
22. März. 1/2 10 Uhr Konfirmation. 1. 2 Uhr Christlehre mit Konfirmanden. 8 Uhr Gemeindefeststunde. Dienstag 8 Uhr Bibelstunde. Donnerstag Singkreis.

Methodistengemeinde.
Sonntag 9.30 Uhr Predigt und Einsegnung. 11 Uhr Sonntagsschule. 7.30 Uhr Predigt. Mittwoch 8 Uhr Missionsbazar.

Suche
7000—8000 RM.
auf 1. Hypothek auf Doppelwohnhaus (Neu). Monatliche Rückzahlung.
Angebote unter Nr. 454 an die G. Geschäftsstelle des Blattes.

Papier-Tischtücher
in Krepp und Damast empfiehlt die
Buchhandlung Lauk
Altensteig.